

Protokoll Nr. 16 (2019-2023)

der öffentlichen Sitzung des Beirats Vahr am 20.04.2021 – als Videokonferenz

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21:55 Uhr

Anwesend waren:

- | | | |
|----------------|---|---|
| a) vom Beirat | Hermann Assmann
Heinz Gerkmann
Petra Hoya
Ulrich Maas
Oliver Saake
Bernd Siegel
Helmut Weigelt | Jens Emigholz
Dr. Tim Haga
Kathrin Lammel
Eva Mahlert
Jörg Schoolmann
Nikolai Simson |
| b) vom Ortsamt | Sarai Auras
Dr. Karin Mathes | |
| c) Gäste | Lars Freymark (Polizei)
Hartmut Eichhorn (Umweltressort),
Klaus Prietzel (BUND)
Dirk Stöver (Quartiersmanager) | Petra Kurzhöfer (Gewoba) |

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

Das Protokoll Nr. 15 der Beiratssitzung am 16.03.2021 wird ebenfalls genehmigt.

TOP 1: Anträge von Bürger*innen, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen aus der Bevölkerung

Frau Kurzhöfer berichtet, dass für eines der drei Neubauvorhaben „Bremer Punkte“ in der Gartenstadt Vahr ein gemeinschaftliches Wohnprojekt für acht bis neun Wohnungen vorgesehen sei. Zwei Wohnungen seien für Mieter*innen des Martinsclubs reserviert. Wohngruppen könnten sich ab Anfang Mai 2021 auf Wohnungen bewerben.¹

Mitteilungen aus dem Beirat

Herr Emigholz teilt mit, dass er festgestellt habe, dass seit 14 Tagen in der Eislebener Straße eine Sperrmüll-Ansammlung liege. Frau Dr. Mathes bittet darum, sich in solchen Fällen direkt an die Bremer Stadtreinigung zu wenden.²

Herr Siegel macht darauf aufmerksam, dass der erneuerte Bolzplatz im Johanna-Kirchner-Weg auf dem Gelände der Kita Carl-Severing-Straße nun ab 16 Uhr für Jugendliche geöffnet sei und gut genutzt werde.

Frau Hoya teilt mit, dass in der Witzlebenstraße drei Fahrzeuge auf einer Grünfläche der Gewoba parkten und bittet Frau Kurzhöfer dem nachzugehen. Frau Kurzhöfer sagt zu, sich darum zu kümmern.

Mitteilungen aus dem Ortsamt

Wie Frau Dr. Mathes mitteilt, solle die Beschlussfassung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 144 (Kurfürstenallee/ Ecke Barbarossastraße) in der Deputation am 22.04.2021 erfolgen.³

¹ Nähere Informationen können abgerufen werden unter: [GEWOBA/Wohnprojekt](#).

² Die Kontaktdaten sind zu finden unter: [Die Bremer Stadtreinigung](#).

³ Die Deputationsunterlagen können abgerufen werden unter: [Vorhabenbezogener Bebauungsplan 144](#).

Frau Dr. Mathes weist auf das Antwortschreiben der Senatskanzlei auf die vom Beirat am 16.03.2021 beschlossene rechtliche Prüfung zur quotierten Redeliste hin.⁴ Demnach sei eine quotierte Redeliste zulässig – hierfür sei jedoch ein einstimmiger Beschluss erforderlich. Dieser käme aller Voraussicht nach nicht zustande, da bereits das Abstimmungsergebnis des Prüfauftrags nicht einstimmig gewesen sei und sich insbesondere die FDP klar gegen eine entsprechende Quotierung ausgesprochen habe. Frau Lammelt bedauert dies und hofft, das Thema noch einmal zu einem späteren Zeitpunkt anstoßen zu können.

Weiter berichtet Frau Dr. Mathes, dass Herr Maas jetzt der CDU-Fraktion angehöre. Herr Maas stellt in diesem Zusammenhang klar, dass er in einem Presseartikel nicht korrekt zitiert worden sei: So halte er Umweltschutzmaßnahmen für wichtig, sehe es jedoch als kritisch an, wenn Klimaschutzmaßnahmen und gleichzeitig die Schaffung von mehr Parkplätzen gefordert würden.⁵

TOP 2: Programm Wohnen in Nachbarschaften (WiN)

Herr Stöver stellt fünf neue Projektanträge aus dem Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) vor.⁶

Der Beirat nimmt zustimmend Kenntnis.

TOP 3: Kriminalstatistik 2020

Herr Freymark stellt anhand einer Präsentation die Kriminalstatistik für die Vahr für 2020 bzw. die Veränderungen zwischen 2016 und 2020 vor:⁷

- Der Anteil an Raubdelikten mache etwa 1,5 Prozent der Gesamtstraftaten aus – darunter fielen auch räuberische Ladendiebstähle (Folie 4).
- Die Fälle eines Straßen- und Handtaschenraubs seien sehr gering (Folie 5).
- Die Zahlen des Wohnungseinbruchdiebstahls, inklusive des Versuchs, seien coronabedingt deutlich gesunken, weil die Menschen sich mehr zu Hause aufhielten. Die Polizei lege, trotz der eher niedrigen Zahlen, einen Fokus auf die Opfernachsorge. Zudem gebe es Präventionsprogramme für den Selbstschutz, da die Aufklärungsrate recht gering sei (Folie 6).
- Die Körperverletzungsdelikte, inklusive häuslicher Gewalt, seien im Vergleich zum Vorjahr pandemiebedingt um sechs Prozent angestiegen (Folie 7).
- Zur schweren Körperverletzung zählten solche mit bleibenden körperlichen Schäden, die gegenüber der gefährlichen Körperverletzung seltener seien. Oftmals handele es sich um Beziehungsdelikte (Folie 8).
- Die Einbruchsdiebstähle ließen sich in verschiedene Kategorien gliedern. Einbruchsdiebstähle aus Kfz hätten kontinuierlich abgenommen. Häufiger sei mittlerweile der Diebstahl von Kfz-Teilen von außen, wobei zügig und professionell vorgegangen werde (Folien 9-11).
- Der Fahrraddiebstahl stehe auch weiterhin im Fokus, da Fahrräder – u.a. durch die Zunahme von Pedelecs – mittlerweile stark im Preis gestiegen seien. Die Polizei empfehle vds-zertifizierte Fahrradschlösser zu nutzen und biete eine Beratung zum Schutz vor Fahrraddiebstählen an (Folie 12).
- Bei Rauschgiftdelikten handele es sich um ein klassisches Kontrolldelikt. Die Zunahme in 2020 deute nicht zwingend auf mehr Kontrollen hin, sondern sei in diesem Fall teils darauf zurückzuführen, dass einige Fälle aus 2019 in 2020 abgebildet worden seien (Folie 13).
- Die Straftaten zum Nachteil älterer Menschen beinhalteten zu etwa 60-70 Prozent Versuchstaten. Zum Teil seien sehr hohe Beträge erbeutet worden. Auch für diesen Bereich biete die Polizei Beratungen zur Prävention an (Folie 14).

⁴ Näheres findet sich in dem [Protokoll Nr. 15](#) der Beiratssitzung am 16.03.2021 mit der dazugehörigen Anlage 2a: [Antrag SPD u. GRÜNE zu Redeliste](#). Das Antwortschreiben ist dem Protokoll als **Anlage 1** angefügt.

⁵ Gemeint ist der [Artikel des Weser Kuriers](#) vom 19.04.2021.

⁶ Eine Beschreibung dieser Projekte ist dem Protokoll als **Anlage 2** angefügt.

⁷ Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage 3** angefügt.

- Seit 2019 würden auch die Straftaten zum Nachteil von Polizeibeamt*innen statistisch erfasst (Folie 15).

Auf Nachfragen aus dem Beirat antwortet Herr Freymark wie folgt:

- Das Ausschreibungsverfahren für die zuständige Person der Kontaktpolizist*innen (KOPs) laufe – das Ergebnis sei noch offen.
- Die aktuellen Wohnungseinbrüche in der Vahr seien sehr gering. Ihm seien keine Fälle bekannt, bei dem Türen aufgebohrt worden seien.
- Zum neuen § 315D Strafgesetzbuch (StGB) seien für die Vahr in 2020 keine Strafanzeigen im Bereich illegale Autorennen gefertigt worden.⁸
- Die Internetkriminalität habe insgesamt stark zugenommen. Derzeit seien betrügerische Anrufe von vermeintlichen Microsoft-Mitarbeiter*innen weit verbreitet. In solchen Fällen könne man die Rufnummer sperren oder sich an die Verbraucherzentrale wenden.
- Im Falle illegaler Müllablagerungen handele es sich in der Regel um Ordnungswidrigkeiten.⁹ Umweltstraftaten (Boden-/ Gewässerverunreinigung und unerlaubter Umgang mit Abfällen) seien für die Vahr in 2020 nicht verzeichnet worden.¹⁰
- Es habe keine Meldungen von Schulen und Kitas an die Polizei gegeben, die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie stehen.
- Bestehende Präventionsmaßnahmen der Polizei hätten sich durch die Pandemie und den damit einhergehenden Kontakteinschränkungen erschwert und hätten verändert werden müssen. Ein Schwerpunkt der Polizei sei derzeit die Kontrolle der Einhaltung von Corona-Maßnahmen. Herr Freymark bedauert, dass sie nicht wie üblich in den klassischen Feldern aktiv sein könnten, z. B. fehlten die KOPs an den Schulen.
- Die Anzahl der Corona-Verstöße für die Vahr belaufe sich seit Beginn der Pandemie bis zum 26.04.2021 auf 170 Verstöße.¹¹

Frau Lammel bittet um eine entsprechende Statistik, aus der hervorgehe, wie hoch der Anteil an Gewalttaten gegen Frauen sei bzw. ob eine Zunahme dieser Gewalttaten zu verzeichnen sei, um gegebenenfalls darauf reagieren zu können. Herr Freymark sagt zu, diese Daten nachzuliefern – soweit verfügbar.

Folgende Tabelle hat Herr Freymark nachgereicht, mit dem Hinweis, dass Straftaten zum Nachteil von Frauen nur für Bremen insgesamt vorlägen und beispielhaft Delikte aus dem „Gewaltbereich“ aufgeführt seien¹²:

Deliktsart 2020, Bremen	Frauen	Männer
Gesamt	3.254	4.659
Sex. Selbstbestimmung insq.	117	14
Straftaten gg. das Leben	4	11
Rohheits-/Freiheitsdelikte	869	1277
Körperverletzung	583	945
Gefährliche Körperverletzung	125	349
Nötigung	34	39
Bedrohung	155	170
Nachstellung	23	5

⁸ Diese Information hat Herr Freymark am 26.04.2021 nachgereicht.

⁹ Solche Fälle können über den [Mängelmelder](#) übermittelt werden.

¹⁰ Diese Information hat Herr Freymark am 26.04.2021 nachgereicht.

¹¹ ebd.

¹² ebd. Des Weiteren hat Herr Freymark dazu Folgendes mitgeteilt: „Bei den Sexualstraftaten und der Nachstellung gibt es spezialisierte Verfahrensweisen innerhalb der Polizei Bremen, um Frauen besser zu schützen. Der Gesetzgeber hat regelmäßig Optimierungen im Opferschutz umgesetzt (z. B. Wohnungsweisung). Damit hat auch die Polizei Bremen eine bessere Handhabe.“

TOP 4: Solarcity Vahr

Frau Dr. Mathes schlägt vor, dass in der heutigen Sitzung zunächst diese Thematik vorgestellt werde, bevor in der kommenden Sitzung ggfs. ein Antrag zu diesem Thema eingebracht werde.

Herr Eichhorn erläutert, dass

- in der Vahr Ende 2019 32 Photovoltaik-Anlagen etwa 416 Kilowatt Strom produziert hätten;
- die Vahr diesbezüglich nicht zu den Spitzenreitern gehöre, da der Anteil an Wohnbebauung hoch sei und es kaum Gewerbegebiete gebe, die sich für solche Anlagen besonders gut eignen;
- die meisten Solaranlagen in den Jahren 2010 bis 2012 gebaut worden seien, da der Bau in dieser Zeit durch öffentliche Förderungen lukrativer gewesen sei;
- seit 2020 in der Vahr sieben Anlagen mit einer Gesamtleistung von 55 Kilowatt dazu gekommen seien;
- bei Bestandsgebäuden Grundstückseigentümer*innen investieren wollen müssten. Anders sei dies bei Neubauten, da hier über z. B. die Bauleitplanung Einflussmöglichkeiten bestünden.

Wie Herr Prietzel darlegt,

- hätten Umweltverbände für das Projekt Solarcity geworben und in diesem Zusammenhang einen offenen Brief an alle Beiräte versendet, da die Initiative aus den Stadtteilen erforderlich sei, um angesichts der Klimakrise den Ausbau der Solarstromerzeugung in Bremen schleunigst voranzubringen;
- sollte das Ziel sein, 25 Prozent des benötigten Strombedarfs über Solaranlagen zu erzeugen – das wären in Bremen 1000 Megawatt Strom – statt derzeit 50 Megawatt;
- sollten Dächer öffentlicher Gebäude dafür den Fokus bilden, auch um eine Vorbildfunktion aufzuweisen;
- wäre es wünschenswert, wenn mit Hilfe des Beirats die Potenziale in der Vahr ausgeschöpft werden könnten. Viele Wohngebäude in der Vahr und ggfs. auch versiegelte Freiflächen wie Parkplätze wiesen das entsprechende Potential auf, wobei man jedoch auf die Betreiber*innen angewiesen sei. In Baden-Württemberg beispielsweise sei eine Solarüberdachung bei mehr als 75 Parkplätzen gesetzlich vorgeschrieben;
- ergebe sich ein doppeltes Flächenpotenzial an einigen Mehrgeschossgebäuden, da auch die Fassaden für die Solarnutzung in Frage kämen.

Frau Kurzhöfer erläutert, dass

- die Gewoba sich zum Ziel gesetzt habe, den CO₂-Ausstoß zu minimieren und dieser seit 1990 um etwa 60 Prozent gesunken sei, insbesondere durch Wärmedämmungsmaßnahmen. Diesbezüglich sei die Gewoba-Energiegesellschaft gegründet worden, um Konzepte an Neubauten und im Bestand umzusetzen;
- nicht jede Dachfläche genutzt werden könne, sei es aus statischen oder aus baurechtlichen Gründen bei Hochhäusern. Manchmal verhinderten auch technische Anlagen wie Antennen und Funkmasten einen Aufbau. In der Vahr gebe es zudem Probleme durch die recht hohe Beschattung;
- es in der Vahr drei Wohngebäude mit entsprechenden Anlagen gebe: in der Eislebener Straße, Bischof-Ketteler-Straße und Schneverdinger Straße;
- die derzeitigen Rahmenbedingungen nicht so lukrativ seien und der Bau wirtschaftlich sein müsse. Sinnvoll sei, dass der auf dem Dach erzeugte Strom direkt von Mieter*innen genutzt und nur der Überschuss in das öffentliche Netz eingespeist werde. An welchen Gebäuden Photovoltaik-Anlagen künftig sinnvoll seien, solle überprüft werden.

Auf Nachfragen aus dem Beirat antwortet Herr Eichhorn, dass

- es ab 2023 eine Novellierung der Landesbauordnung geben solle, durch die bei Neubauten Photovoltaik-Anlagen verpflichtend vorgeschrieben würden. Auch für das geplante

Landeswärmegesetz seien noch Regelungen vorgesehen, den Bau dieser Anlagen zu fördern;

- der Bau von Solaranlagen genehmigungsfrei sei und es keine Einschränkungen durch bestehende Bebauungspläne gebe;
- private Personen sich bzgl. der Installation von Solaranlagen bei der Verbraucherschutzzentrale kostenlos beraten lassen könnten;¹³
- für die öffentlichen Gebäude Immobilien Bremen zuständig sei. Es sei entschieden worden, dass künftige Anlagen selbst betrieben und die öffentlichen Dachflächen nicht Investor*innen zur Verfügung gestellt werden sollen. Frau Dr. Mathes ergänzt, dass Immobilien Bremen eine Aufstellung anfertige, auf welchen öffentlichen Gebäuden Solaranlagen installiert werden können und sollen.

TOP 5: Globalmittelvergabe – 1. Runde 2021

Frau Mahlert, als Sprecherin des Fachausschusses „Globalmittel und Koordination“, stellt die eingegangenen Globalmittelanträge vor:¹⁴ Der Fachausschuss empfehle,

- die beantragte Summe der Katholischen Kirchengemeinde St. Raphael für ein Zeltlager in den Sommerferien 2021 (Antrag 2) auf 1.200 € zu senken – orientiert an Höhe des Zuschusses des Beirats Osterholz – da nur wenige Kinder aus der Vahr kämen;
- den Antrag der Katholischen Kirchengemeinde St. Raphael für eine Kinderfreizeit in den Sommerferien 2021 (Antrag 3) abzulehnen, da keine Anmeldungen von Kindern aus der Vahr vorlägen;
- dem Antrag des Bremer Instituts für Musiktherapie und seelische Gesundheit e. V. für die Anschaffung einer Klangwiege für ein Projekt im Mütterzentrum Vahr (Antrag 14) nicht zu entsprechen, da unklar sei, ob das Projekt stattfinden werde. Sollte das Projekt realisiert werden, könne das Mütterzentrum einen entsprechenden Antrag stellen;
- für die übrigen Anträge eine Bewilligung in voller Höhe.

Der Beirat stimmt den Empfehlungen des Fachausschusses „Globalmittel und Koordination“ einstimmig zu.

TOP 6: Haushaltsantrag zum Rat & Tat-Zentrum

Herr Assmann stellt den Haushaltsantrag – gemäß § 32 Abs. 1 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter – von „Die Partei“ vor: Demnach solle die Haushaltsgesetzgeberin aufgefordert werden, in den Haushalten 2022/ 2023 die Mittel zur Finanzierung einer Vollzeitstelle für die Beratung queerer Personen mit Migrations- und Fluchthintergrund einzustellen.¹⁵ Es handele sich um eine gute Einrichtung und ein entsprechender Bedarf sei vorhanden.

Herr Siegel stimmt dem Antrag zu, weist aber darauf hin, dass es auch viele andere gute Einrichtungen gebe und im Regelfall keine Anträge befasst werden sollten, die Einrichtungen anderer Stadtteil betreffen.

Herr Dr. Haga und Frau Lammel betonen, dass überproportional viele Vahrer Bürger*innen betroffen seien und es daher nicht relevant sei, in welchem Stadtteil die Einrichtung liege.

Frau Dr. Mathes lässt über den Antrag abstimmen: Dieser wird bei zwölf Ja-Stimmen und einer Gegenstimme (FDP) mehrheitlich angenommen.

TOP 7: Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

¹³ In einem ersten Schritt kann über das [Solarkataster](#) geprüft werden, ob bzw. wie gut die Dächer Bremens für Solaranlagen geeignet seien.

¹⁴ Die Übersicht der beschlossenen Globalmittelanträge ist diesem Protokoll als **Anlage 4** angefügt.

¹⁵ Der Haushaltsantrag ist dem Protokoll als **Anlage 5** angefügt.

Sprecher

Siegel

Sitzungsleitung

Dr. Mathes

Protokoll

Auras